

Lohnniveau mehr und mehr unter dem Existenzminimum

Bad Sassendorf 22.06.2006

I) Löhne zu hoch oder zu niedrig?

Über Löhne gibt es zwei vorherrschende Grundaussagen.

Die Löhne einschließlich der sogenannten Lohnnebenkosten seien zu hoch. Das sei die Ursache von Arbeitslosigkeit, sinkender Nachfrage nach Arbeitskraft, Krisen usw..

Also müssten sie gesenkt werden, um Arbeitslosigkeit, Krisen usw. zu bekämpfen. Das ist der Standpunkt des Kapitals und all seiner Vertreter und Anhänger.

Die Löhne seien zu niedrig. Das sei die Ursache von Arbeitslosigkeit, Krisen und sinkender Nachfrage nach Arbeitskraft.

Also müssten sie erhöht werden, um Arbeitslosigkeit, Krisen usw. entgegenzuwirken. Das ist der Standpunkt der Gewerkschaftsführungen und vieler Kolleginnen.

Die Aussagen stehen im Widerspruch zueinander, sind aber im Wesentlichen nur Facetten ein und desselben Standpunkts. Beide machen letztlich Arbeitslosigkeit, Krisen und Nachfrage nach Arbeitskraft von einer Steigerung der Profite abhängig.

"Jeder findet Arbeit, wenn man zulässt, dass der Lohn weit genug fällt, denn je weiter er fällt, desto attraktiver wird es für die Arbeitgeber Arbeitsplätze zu schaffen, um die sich bietenden Gewinnchancen auszunutzen. (Sinn, Ist Deutschland noch zu retten, München 2003, 93) Sinn spricht es klar aus: die erste attraktive Folge und das erste Ziel von Lohnsenkungen ist die Erhöhung der Profite. Es geht vor allem um Rentabilität. Wenn diese gegeben ist, soll auch die Nachfrage nach Arbeitskraft steigen.

Nach Meinung der DGB-Führung und der mit ihnen verbundenen Ökonomen soll eine Erhöhung der Löhne vor allem die Binnennachfrage steigern. Über eine Erhöhung der Binnennachfrage könne dann die Massenarbeitslosigkeit überwunden werden. *"Ohne eine kräftigere Steigung der Arbeitseinkommen ... wird die Massenarbeitslosigkeit nicht überwunden werden."* (Memorandum 2006, Köln 2006, 14) Mit steigendem Absatz, so das Versprechen an das Kapital, würde auch der Profit, damit die Rentabilität steigen und damit wiederum die Nachfrage nach Arbeitskraft steigen.

Es geht bei beiden Standpunkten nicht in erster Linie um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern um die Erhöhung der Profite des Kapitals. Das wird dann mit dem Versprechen bzw. der Hoffnung verbunden, dass entweder durch niedrigere oder höhere Löhne letztlich die Profite steigen und darüber auch die Nachfrage nach Arbeitskraft sich erhöhen würde.

Der Standpunkt der Gewerkschaftsführung ist illusionär, denn unmittelbare Folge von Lohnsteigerungen ist eine Senkung der Profite. Die in Aussicht gestellte mittelbare Steigerung der Profitraten dagegen ist unsicher. Deshalb ist das Kapital entschieden gegen Lohnsteigerungen zwecks angeblicher Erhöhung der Profite.

Tatsächlich werden Arbeitskräfte nur eingestellt, wenn das ein Mittel zum Zweck der Vermehrung von Kapital ist. *"Neue Stellen werden von Unternehmen nur bei entsprechender Gewinnperspektive*

eingerrichtet." (Börsen-Zeitung 6.2.2003) Und auch ihre Entlassung hängt davon ab, ob die "Gewinnperspektive" stimmt.

Sowohl Arbeitgeberverbände als auch DGB machen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in erster Linie von der Höhe der Löhne abhängig. Ein Blick zeigt, dass das nicht stimmen kann. Die Arbeitslosigkeit ist in China höher als in Deutschland. In den USA ist sie mindestens so hoch wie in Deutschland, wird nur besser statistisch versteckt.

Selbst bei entsprechender Gewinnperspektive braucht das Kapital aufgrund von technischen Fortschritten, aufgrund des Ruins von Klein- und Mittelbetrieben und aufgrund von Unternehmenszusammenschlüssen relativ immer weniger Arbeitskräfte. Die Arbeitslosigkeit ist der treibende Faktor für die Lohnentwicklung, nicht umgekehrt.

Die Reallöhne sind gegenüber 1991 gefallen und in wachsendem Maße werden absolute Lohnsenkungen durchgesetzt, **weil** die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 1991 erheblich zugenommen hat. Nach Meinung der beschränkten Lohn-Dogmatiker des Kapitals müsste es umgekehrt sein.

Die Gewerkschaftsführungen dagegen haben erheblichen Lohnsenkungen zugestimmt, führen Kämpfe für Lohnerhöhungen wenn überhaupt, dann nur halbherzig. Sie treten also gar nicht praktisch dafür ein, ein deutlich höheres Lohnniveau und damit steigende Binnennachfrage zu erkämpfen. Eben weil sie wissen, dass dadurch die Profite deutlich vermindert würden. Die DGB-Führung tritt für die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals ein, d.h. für hohe Profitraten, weil sie hofft, dass dann auch etwas für die LohnarbeiterInnen abfällt.

Die Steigerung der Binnennachfrage, die verbal verlangt wird, ist im Wesentlichen Propaganda und nicht wirklich ernst gemeint. Von daher werden die Gewerkschaftsführungen auch vom Kapital wegen ihrer moderaten Lohnpolitik gelobt.

Wenn aber nicht die Lohnhöhe entscheidend ist, was dann?

II) Sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft

Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Direktor des HWWA, das unter anderem von der IHK Hamburg finanziert wird, wurde gefragt: "*Bereits heute ist ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht in der Lage mitzuhalten. Kann es für sie sinnvolle Arbeit geben?*" Er antwortete: "*Das geht wahrscheinlich nicht.*" (Thomas Straubhaar, brand eins 7/2005, 62)

Ein Drittel sind 14-15 Millionen Menschen. Für sie gibt es also "wahrscheinlich" keine sinnvolle Arbeit.

Wie könnte er darauf gekommen sein?

Von 1991 bis 2005 sind über 6 Millionen sozialversicherungspflichtige Vollzeit Arbeitsplätze abgebaut worden. (Deutsche Bundesbank, Monatsberichte Juli 2005, 16 plus Zahlen von 2005) Die Zahl der Erwerbspersonen, d.h. der Summe aus Erwerbstätigen plus registrierten Erwerbslosen und Stiller Reserve hat aber um 3 Mio. zugenommen. (IG Metall, Report 2005, Frankfurt 2005, 12) Die Arbeitslosigkeit hat sich im selben Zeitraum nahezu verdoppelt.

1991 gab es 43,3 Millionen Erwerbspersonen. Von ihnen waren 30 Millionen, dass fast 70% vollzeit beschäftigt. (eigene Berechnung nach IG Metall, Report 2005, 12 und 16)

Von den heute 46 Millionen Erwerbspersonen zwischen 15 und 65 Jahren, sind es nur noch 23,5 Mio., also etwa die Hälfte. Ein wachsender Teil der Vollzeitbeschäftigten arbeitet aber nur befristet bzw. in Leiharbeit oder als unbezahlte Praktikanten.

Die andere Hälfte der Erwerbspersonen muss sich mit Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung, Selbständigkeit bzw. Scheinselbständigkeit durchschlagen oder ist erwerbslos.

Die Nachfrage nach Arbeitskraft, ausgedrückt im Arbeitsvolumen, ist erheblich gesunken. Das drückt sich darin aus, dass die Ausbildungsstellen seit 1992 um weit mehr als ein Drittel gesunken sind. Es drückt sich in hoher Jugendarbeitslosigkeit aus, die in Warteschleifen versteckt ist und in hoher Arbeitslosigkeit von Älteren, teilweise versteckt in Renten. All das führt zu einer wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosen, eben denen, die nicht mehr mithalten können bzw. die abgehängt werden.

Die sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft muss unser erstes Thema sein. Denn davon hängen die Verkaufschancen der Ware Arbeitskraft und damit letztlich ihre Zukunftsaussichten ab.

Wovon aber hängt die sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft ab?

Höhere Produktivität - steigende Arbeitslosigkeit

Das Kapital insgesamt, seine Regierung, seine Ökonomen und seine Medien machen zu hohe Löhne und Sozialabgaben dafür verantwortlich. Der DGB macht zu niedrige Löhne usw. dafür verantwortlich. Undsoweiterundsofort.

In Wirklichkeit aber ist es der einfache Umstand, dass das Kapital für seine Verwertung, d.h. zur Erzielung seiner Renditen dank steigender Produktivität immer weniger Arbeitskraft braucht. In der Metallindustrie z.B. hat die Produktivität pro Beschäftigtem (nicht pro Arbeiter, also einschließlich der Produktivität von Hartz) von 1991 bis 2004 um 73% zugenommen. (IG Metall, Report 2005, 51) Ein Drittel der Arbeitskräfte wurde abgebaut. Im äußerst wettbewerbsfähigen Maschinenbau, der 20% des Weltmarkts bedient, sank die Zahl der Beschäftigten seither sogar um über 40%. (ebda., 62)

Götz Werner (Inhaber von dm, der zweitgrößten Drogeriemarktkette Deutschlands) auf die Frage: "Wie wichtig ist Ihnen die Schaffung neuer Arbeitsplätze?"

"Überhaupt nicht wichtig. Sonst wäre ich ja ein schlechter Unternehmer. Die Wirtschaft hat nicht die Aufgabe, Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegenteil. Die Aufgabe der Wirtschaft ist, es die Menschen von der Arbeit zu befreien. Und das ist uns in den letzten 50 Jahren ja auch grandios gelungen."
(Stuttgarter Zeitung vom 02.07.2005)

So ist es. Tatsächlich ist das sinkende Arbeitsvolumen ein grandioser Fortschritt, die objektive Grundlage für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, für Arbeitszeitverkürzung und bessere Bedürfnisbefriedigung.

Doch unter den Bedingungen von Kapitalverwertung und Lohnarbeit führt steigende Produktivität dazu, dass die Nachfrage nach Ware Arbeitskraft, nach Lohnarbeit relativ zum eingesetzten Kapital ab- und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Der Widerspruch zwischen dem kreativen Potential menschlicher Produktivkräfte und seiner

beschränkten Nutzung durch das Kapital wächst mit steigender Produktivität. Das gilt weltweit. Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt gesetzmäßig ein Überangebot an Arbeitskräften, sogar dann, wenn die Bevölkerung fällt.

Es gibt zahlreiche Formen der Produktivitätssteigerung. U.a. wird die Produktivität gesteigert durch

- * neue Maschinen und Anlagen, d.h. den technischen Fortschritt,
- * den Ruin von Klein- und Mittelbetrieben und die
- * Zentralisierung des Kapitals durch Fusionen, Zusammenlegung von Geschäftsbereichen usw..

Triebfeder, mit weniger Personal die Stückzahlen und damit den Umsatz zu erhöhen, ist in erster Linie die Verbilligung von Waren und damit (bei gleichem Preis oder sogar sinkendem Preis) die Aussicht auf höhere Profite als die Konkurrenten. Triebfeder ist nicht in erster Linie die Höhe der Löhne.

Die Produktivität unter Bedingungen der Kapitalverwertung führt auch dazu, dass die Produktion periodisch über die zahlungsfähige Nachfrage hinauschießt. Das gilt für alle kapitalistischen Länder, unabhängig von der Höhe des Lohnniveaus. Die Steigerung der Produktivität ist ein Mittel, aus der Krise herauszukommen. Schwächere Betriebe werden abserviert. Die Nachfrage nach Arbeitskraft sinkt weiter. In Krisen steigt der Sockel an Arbeitslosen.

Die Wirkung der steigenden Produktivität, Arbeitslosigkeit und Krisen und die damit verbundene Tendenz zur Überproduktion muss unser erstes Thema sein, wenn es um die Lohnhöhe geht.

Arbeitslosigkeit und Krisen sind ein notwendiges Produkt der Kapitalverwertung, nicht eine Folge der Unverschämtheit der LohnarbeiterInnen bzw. ihrer zu großen Bescheidenheit (Lohnzurückhaltung).

Höhere Produktivität führt zu sinkender Nachfrage nach Arbeitskraft und damit zu einer allgemeinen Tendenz zu Lohnsenkungen

Löhne sind eine abgeleitete Größe. Arbeitslosigkeit, d.h. ein Überangebot an Arbeitskraft führt tendenziell zu Lohnsenkungen. Das ist eine gnadenlose Gesetzmäßigkeit, die sich über die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander durchsetzt, über den Zwang zur Lohnarbeit. Vom Standpunkt der Verkäufer bzw. der Käufer Ware Arbeitskraft kann allerdings eine Verbilligung der Ware Arbeitskraft als Mittel erscheinen, einen Arbeitsplatz zu bekommen, zu behalten oder sogar einzurichten. Das aber ist eine optische Täuschung. Letztlich ist aber das gesamtwirtschaftlich sinkende Arbeitsvolumen entscheidend.

Woran ist die Tendenz zu Lohnsenkungen in Folge Arbeitslosigkeit zu sehen.

a) Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), die Dachorganisation aller Unternehmen in Deutschland hat einen Vorschlag zur Generalrevision von Hartz IV gemacht: "*Erst Arbeit, dann Transfer!* (Mit Transfers sind staatliche Sozialleistungen gemeint, hier also das Alg II.) *Es muss*

selbstverständlich und "zumutbar" werden, Jobs zu Stundenlöhnen von zum Beispiel 3 oder 4 Euro anzunehmen." (DIHK/B2 Januar 2006; http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2006/DIHK_Arbeitsmarkt-Thesen.html)

Um den Zwang zu erhöhen, Löhne anzunehmen, von denen niemand seine Miete bezahlen kann, soll die Ablehnung eines Arbeitsangebots durch ein Hungerlohn-Unternehmen zur sofortigen Streichung des Regelsatzes führen.

b) Der DIHK fordert ferner unbezahlte halbjährliche betriebliche Praktika für Langzeitarbeitslose. Die "Generation Praktikum", die sich aus Arbeitslosen und ihren Hoffnungen speist, ist auf dem Vormarsch.

c) EinEuroJobs werden meist freiwillig angenommen. Über sie versuchen Arbeitslose, unter Leute zu kommen, ein bißchen mehr Geld zu verdienen und eine Stelle zu bekommen. Dazu kommt es aber nur in 3-5% der Fälle. EinEuroJobs bedeuten entgegen den erklärten Eingliederungsabsichten des SGB II: Statt Lohn für den Verkauf der Ware Arbeitskraft Arbeit als Gegenleistung für Alg II. Alg II wird zum "Lohn".

d) Lohnsubventionen haben mit Alg II erheblich zugenommen. Lohnsubventionen sind Mittel der Lohnsenkung.

e) In vielen Unternehmen wird die Arbeitszeit teilweise sogar bei sinkendem Lohn verlängert oder es werden Löhne bei gleichbleibender Arbeitszeit gesenkt.

f) Arbeitszeitkonten werden ausgebaut, mit denen die Bezahlung von Überstunden vermieden wird.

g) Lohnsenkungen werden über outsourcing betrieben.

h) steigende Eigenbeiträge aus dem Lohn müssen gezahlt werden, z.B. für Zahnersatz, Medikamente, Arztbesuche, Krankengeld, Private Altersvorsorge usw.. Unter dem Stichwort "Senkung der Lohnnebenkosten" sinken die Löhne real.

All diese Mittel zur Lohnsenkung nutzen die Massenarbeitslosigkeit aus. Steigende Produktivität ist unter kapitalistischen Bedingungen letztlich Mittel zur Produktion von Armut bei gleichzeitig wachsendem gesellschaftlichen Reichtum.

Deutlich wird an all dem, dass die Käufer der Ware Arbeitskraft im Prinzip keinerlei Interesse daran haben, die notwendigen Lebenshaltungskosten in Form von Löhnen zu zahlen, wenn es das Überangebot an Arbeitskraft auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt zulässt. Der Lohn hat keine Schranke beim Fall nach unten, es sei denn die LohnarbeiterInnen zwingen das Kapital dazu, über untere Tariflöhne oder gesetzliche Mindestlöhne ein Mindestmaß an Unterhaltungskosten zu decken.

"Im großen und ganzen sind die Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Ausdehnung und Zusammenziehung der industriellen Reservearmee, ..." (Karl Marx, Das Kapital Bd. I, Berlin 1966, 666)

"Im großen und ganzen" heißt, dass die LohnarbeiterInnen natürlich einen gewissen Einfluss darauf haben, wie tief der Lohn fällt.

Vor allem dann, wenn es eine enge Zusammenarbeit zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen gibt. Die Tendenz zur Lohnsenkung setzt sich ja über die wachsende Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander durch. Deshalb sagt Marx zu Recht: " *Jeder Zusammenhalt zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten stört das "reine" Spiel jenes Gesetzes*" (des Gesetzes, dass mit dem Fortschritt der Kapitalakkumulation die Nachfrage nach Arbeitskraft ab- und damit die Tendenz zu Lohnsenkungen zunimmt). (ebda., 670)

Aber auch wenn die LohnarbeiterInnen gut organisiert und kampfbereit wären, würde sich dieses ökonomische Gesetz durchsetzen, wenn auch abgemildert.

Schlussfolgerungen:

a) Die Produktivität unter Bedingungen der Kapitalverwertung produziert mit sinkender Nachfrage nach Arbeitskraft eine Tendenz zu sinkenden Löhnen, nicht zu steigenden Löhnen. Deswegen treten auch Gewerkschaftsführungen, die sich der Förderung der Kapitalverwertung, der Wettbewerbsfähigkeit verschrieben haben, letztlich für Lohnsenkungen ein. Deshalb gibt es auch KollegInnen, die mit Lohnsenkungen einverstanden sind, wenn sie denn ihre Arbeitskraft weiter verkaufen können. Sie folgen den Gesetzen des Arbeitsmarktes.

b) Sinkende Löhne sind kein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern eine Folge der im Zuge steigender Produktivität und Krisen steigenden Arbeitslosigkeit. Deshalb ist auch zu beobachten, dass das Lohnniveau eher sinkt, wenn die Arbeitslosigkeit steigt und das Lohnniveau eher steigt, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt. Das ist eine Folge des Konjunkturzyklus. Das Kapital produziert gesetzmäßig ein Überangebot an Arbeitskraft.

c) Der Lohndruck verstärkt sich durch die Internationalisierung des Arbeitsmarkts. Er wird nicht dadurch produziert, sondern nur potenziert, denn die Konkurrenz unter den Arbeitskräften wird dadurch erhöht. Prof. Dr. Axel Börsch-Supan fasste das Ergebnis einer Studie des Wirtschaftsministeriums sogar so zusammen: "*Wenn Arbeitnehmer in Deutschland die gleiche Tätigkeit verrichten wie in Rumänien, China oder den USA, können sie keine bessere Bezahlung erwarten.*" (FR 21.4.2006) Das trifft nicht nur auf ungelernte Kräfte zu, sondern auch auf Ingenieure und Mathematiker.

Dass aber die Nachfrage nach Arbeitskraft mit dem Fortschritt der Kapitalakkumulation abnimmt, gilt unabhängig von der Höhe der Löhne weltweit, nicht nur für Deutschland.

Letztlich ist nicht die Frage entscheidend, ob Löhne zu hoch oder zu niedrig sind. Letztlich ist entscheidend, dass die LohnarbeiterInnen sich den Boden unter den Füßen wegziehen und ihre Existenzunsicherheit vergrößern, in dem sie ständig besser arbeiten. Das stellt die Arbeit für Lohn und die Kapitalverwertung als Zweck des Wirtschaftens insgesamt in Frage.

III) Wie auf die Entwicklung reagieren?

*** Würde des Menschen als Maßstab?**

Das Motto des DGB zum 1.Mai 2006 war:

"Die Würde des Menschen ist unser Maßstab." Der DGB beruft sich darauf, dass die Würde des Menschen "oberster Wert des Grundgesetzes" ist. (BVerfG 54, 148)

Aber was sehen wir?

"Die Würde wird angetastet. Selbst Arbeit schützt nicht mehr vor Armut. Mehr als zweieinhalb Millionen Menschen arbeiten zu Armutslöhnen (weniger als die Hälfte des Durchschnittslohns, also weniger als 1442 Euro brutto). Weitere fünf Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich. Die Löhne werden immer weiter gedrückt, mit der Drohung andernfalls die Beschäftigten zu entlassen. ... All das trägt dazu bei, dass die Würde des Menschen zunehmend angetastet wird." (www.dgb.de/themen ->würde)

Die Kirchen waren mit dem DGB-Aufruf zum 1. Mai voll einverstanden. Das Motto hätte auch das Motto eines Kirchentags sein können.

Die DGB-Führung versucht, die Verfassung als Schranke gegen Lohnsenkungen hinzustellen.

"Forderungen, die der DGB aus der Würde des Menschen ableitet. Würde ist nicht nur ein leeres Wort. Wir verbinden damit konkrete Inhalte und Forderungen. Konkret sind das.

Wir fordern die Einführung von Mindestlöhnen, die jedem Vollzeitbeschäftigten ein würdevolles Auskommen ermöglichen. Niemand soll für weniger als 7,50 Euro brutto arbeiten müssen." (ebda.)

Erste Bemerkung:

Dass die Arbeitskraft eine Ware ist, die auf dem Arbeitsmarkt verkauft werden muss, verletzt die Menschenwürde nicht. Genau daraus folgt aber die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, da das Kapital für seine Verwertung immer weniger Arbeitskraftswaren braucht.

Aus dem Warencharakter der Arbeitskraft folgt, dass die Arbeitskraft auf einer Stufe mit anderen Waren steht und den Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterliegt.

Graf Lambsdorff, ehemaliger Aufsichtsrat bei VW, Ehrenvorsitzender der FDP: "Wenn Ihnen als Hausfrau im Laden oder auf dem Wochenmarkt ein Stück Käse zu teuer ist, lassen sie es liegen.

Genauso macht's der Arbeitgeber: Er stellt einfach keine neuen Mitarbeiter ein, wenn sie zu viel kosten." (BILD 29.04.1985) Der Lohnarbeiter gilt als eine Erscheinungsform von Käse.

Der DGB hält das für menschenwürdig, solange der Lohn nicht unter 7,50 Euro fällt.

Oder: Man muss "bei der Belegung des Arbeitsmarktes genauso ... verfahren, wie man bei der Belegung des Marktes für Bananen ... verfahren würde." (Professoren des Kronberger Kreises u.a. Wolfram Engels - ehemaliger Hg. der Wirtschaftswoche, nach Elisabeth Noelle-Neumann, Peter Gillies, Arbeitslos - Report aus einer Tabuzone, Frankfurt 1987, 72)

Wie belebt man einen Markt für Bananen? Indem die Bananenpreise gesenkt werden. In diesem Sinne steht die Arbeitskraft auf einer Stufe mit allen anderen Waren.

So wie Arbeitskräfte als Waren auf dem Arbeitsmarkt verkauft werden, werden auch Bananen auf Wochenmärkten verkauft.

Das hält der DGB für menschenwürdig.

Die Abhängigkeit von Käufern, die am Ankauf und an der Nutzung der Ware Arbeitskraft verdienen, also die Ausbeutung, gilt dem DGB ebenfalls als menschenwürdig.

Voraussetzung dafür, dass Arbeitskräfte ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, ist ihre Eigentumslosigkeit. Arbeit für Lohn setzt die Enteignung der Lohnarbeiter voraus. Die heutigen LohnarbeiterInnen sind die Nachfahren der Bauern und Handwerker, die in einem brutalen geschichtlichen Prozess enteignet worden sind, der von 15ten bis zum 18ten Jahrhundert dauerte. (Marx, Das Kapital Bd. I, 24. Kapitel)
Das die Enteignung Voraussetzung der Lohnarbeit ist, gilt als menschenwürdig.

Die KAB (Katholische Arbeitnehmerbewegung) erklärte zum 1. Mai 2006: "*Menschliche Arbeit ist keine Ware, deren Bezahlung sich nach Angebot und Nachfrage richtet.*" (Gerhard Lenz, Menschenwürdige Arbeit und gerechter Lohn 26.04.2006; www.epv.de/node/1951) Das hätte auch vom DGB oder vom Papst sein können. Hier wird die Realität ganz einfach geleugnet und durch eine Vision ersetzt.

Natürlich ist die Arbeitskraft (nicht die Arbeit) unter kapitalistischen Bedingungen eine Ware. Und da sie eine ist, richtet sich ihre Bezahlung, also der Preis dieser Ware, auch nach Angebot und Nachfrage. Zu sehen in jeder Krise.

Häufig hört man in sozialdemokratischen Kreisen, dass Bildung, Gesundheit, Wasser, Wohnungen oder Grund und Boden keine Waren sein sollten. Das gilt nicht als menschenwürdig. Aber man hört nicht, dass die menschliche Arbeitskraft keine Ware sein sollte. Dass sie es ist, gilt als menschenwürdig.

Man setzt sich für die Aufrechterhaltung der Lohnarbeit ein, aber die Lohnarbeit soll nicht die Folgen haben, die sie hat und soll nicht die Lohnarbeit sein, die sie ist.

Gesetzlicher Mindestlohn

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist angesichts der beschriebenen Entwicklung absolut notwendig. Der DGB, vor allem die IG Metall hat sich im Einklang mit Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden lange dagegen gesträubt. Auf dem DGB-Kongress Ende Mai 2006 wurde die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn beschlossen. Das ist ein Fortschritt. Er ist dem Druck der Erwerbslosen und der Beschäftigten geschuldet, dem Frankfurter Appell, den zahllosen Demonstrationen gegen Hartz IV usw..

Die Menschenwürde wird nach Meinung des DGB nicht durch die Lohnarbeit als solche verletzt, sondern dadurch, dass eine bestimmte Lohnhöhe unterschritten wird, nämlich die von 7,50 Euro. 7,50 Euro, heißt es, ermöglichen jedem Vollzeitbeschäftigten ein "*würdevolles Auskommen*".

7,50 Euro entsprechen bei einer 38,5 Stundenwoche 1.250 Euro brutto oder rd. 914 Euro netto (bei einem KV-Beitrag von 13,5%).

* 914 Euro liegen unterhalb der Pfändungsfreigrenze. Die Pfändungsfreigrenze ist die Grenze, bis zu der ein Nettolohn nicht gepfändet werden darf. Sie orientiert sich am Alg II-Niveau und liegt derzeit bei 990 Euro. Das entspricht 1.400 Euro brutto im

Monat oder 8,40 Euro/Std.. Ein gesetzlicher Mindestlohn unterhalb der Pfändungsfreigrenze soll nach Meinung von Sommer, Bsirske und Peters ein "würdevolles Auskommen" ermöglichen.

* 1250 Euro brutto liegen deutlich unter dem von Sommer zitierten Niveau von Armutslohne. D.h. Sommer glaubt, dass ein Lohn unterhalb des Niveaus von Armutslohnen ein "würdevolles Auskommen" möglich macht.

* 914 Euro liegen deutlich unterhalb der offiziellen Armutsrisikogrenze, die 2002 in Westdeutschland 2002 bei 971 Euro lag. Ein Lohn unter der Armutsgrenze gilt der DGB-Führung als menschenwürdig.

* Mit einem Bruttolohn von 7,50 Euro hätten Alleinstehende im Durchschnitt noch Anspruch auf ergänzendes Alg II. Der durchschnittliche Alg II-Bedarf eines Alleinstehenden liegt bei 345 Euro plus 278 Euro Miete und 53 Euro Heizkosten, also 676 Euro. Bei 1.250 Euro brutto Verdienst würden 280 Euro nicht angerechnet, so dass das Alg II-Niveau bei 956 Euro (676 plus 280) liegen würde, also über dem Nettolohn bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro brutto. Ein gesetzlicher Mindestlohn, der im Durchschnitt so niedrig ist, dass er mit Steuergeldern über Alg II aufgestockt werden muss, soll menschenwürdig sein?

Das Alg II-Niveau definiert das offizielle Existenzminimum in Deutschland. Der DGB hält einen Lohn für menschenwürdig, der unter dem offiziellen Existenzminimum liegt.

Das steht wieder mal in krassem Gegensatz zu den Phrasen von den notwendigen Lohnerhöhungen zwecks Ankurbelung der Binnennachfrage. Was Ver.di angeht, so hat der Bundesvorstand seine ursprüngliche Forderung aus dem Jahr 2000 in Höhe von 3.000 DM brutto um 25% abgesenkt. Auch ein bedeutender Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage, mit der ver.di und seine keynesianischen Volkswirte uns tagein tagaus bombardieren.

Diese Forderung ist eine Schande für die Arbeiterbewegung.

Man kann ihr nur insoweit etwas abgewinnen, als selbst die Einführung eines solchen jämmerlichen Mindestlohns noch für Hunderttausende eine spürbare Verbesserung ihrer Lage wäre. Denn ihr Lohn liegt noch tiefer unter dem Existenzminimum, als es der DGB für zulässig hält.

Ein gesetzlicher Mindestlohn muss deutlich über dem Alg II-Niveau liegen.

Die klassischen bürgerlichen Ökonomen waren noch der Meinung, dass zu den Reproduktionskosten auch die Kosten des Ersatzes der Arbeitskräfte gehören. Adam Smith erklärte 1776: *"Der Mensch ist darauf angewiesen, von seiner Arbeit zu leben, und sein Lohn muss mindestens so hoch sein, dass er davon existieren kann. Meistens muss er sogar noch höher sein, da es dem Arbeiter sonst nicht möglich wäre, eine Familie zu gründen; seine Schicht würde dann mit der ersten Generation aussterben."* (Der Wohlstand der Nationen, London 1776, dt. Ausgabe München 1993, 59)

Wie der Gebrauch von Maschinen Abschreibungen erfordert, mit denen alte durch neue Maschinen ersetzt werden können, so erfordert es auch der Gebrauch von "Arbeitsmaschinen". Was das Kapital für Maschinen anerkennt, erkennt es jedoch nicht für seine menschlichen Arbeitsmaschinen an.

Für die Kinder von Arbeitskräften ist in einem Lohn von 7,50 Euro brutto kein einziger Cent enthalten. Dieser Lohn erkennt nicht einmal an, dass Menschen sich als biologische Lebewesen fortpflanzen müssen wie andere Tierarten auch. Kinder können allein von der Lohnsubvention namens Kindergeld nicht leben. Das aus Lohnsteuern bezahlt Kindergeld liegt mit seinen 154 Euro nur bei der Hälfte des offiziellen Existenzminimums von Kindern.

Die Arbeitgeberverbände sind gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, auch gegen einen, der unterhalb des offiziellen Existenzminimums liegt. Sie prophezeien den Abbau von Hunderttausenden Arbeitsplätzen, wenn er in Höhe von 7,50 Euro eingeführt würde. Das Kapital hält es also mit seinen Profitinteressen, mit seiner Wettbewerbsfähigkeit für unvereinbar, Millionen Menschen Löhne zu zahlen, aus denen Kinder, d.h. der Nachwuchs an Arbeitskräften finanziert werden können. Importieren scheint billiger zu sein, wie bei Fußballern. Und die gleichen Leute wundern sich dann über niedrige Geburtenraten.

Meiner Meinung müsste ein gesetzlicher Mindestlohn bei mindestens zehn Euro brutto liegen, wie im Baugewerbe für ungelernte Kräfte üblich. Das entspräche bei einer 38,5 Stundenwoche etwa 1.100 Euro netto oder 1.670 Euro brutto. Auch von diesem Lohn kann man kein Kind ernähren. Trotzdem erscheint er als hoch. Das zeigt, wie weit wir schon gekommen sind. Die Bescheidenheit dieser Forderung ist ausschließlich der Schwäche der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung geschuldet.

Niedrigere Löhne - höhere Lohnsubventionen

Da die tendenziell sinkenden Löhne die Lebenshaltungskosten mehr und mehr nicht decken, müssen Lohnabhängige in wachsendem Maße Lohnzuschüsse bekommen.

Ein Form davon ist Arbeitslosengeld II. 900.000 Erwerbstätige beziehen es als Ergänzung zum Arbeitseinkommen, darunter 300.000 Vollzeitbeschäftigte.

Die Arbeitgeberverbände streben eine negative Einkommensteuer an, durch die Löhne unterhalb eines definierten Existenzminimums automatisch oder auf Antrag auf das Existenzminimum aufstockt werden, wie in den USA oder GB. Die negative Einkommensteuer stellt eine Variante des Kindergelds dar, die darauf reagiert, dass vom Lohn allein in vielen Fällen Kinder nicht unterhalten werden können.

Auch das Kindergeld ist letztlich eine Lohnsubvention. Deshalb tritt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände für ein bedingungsloses Kindergeld in Höhe von 300 Euro ein.

Eine noch weitergehende Form ist das bedingungslose Grundeinkommen für alle.

Es wird von intelligenten Vertretern des Kapital befürwortet.

"Wir müssen ... überlegen, wie wir einen sozialen Fußboden einziehen, der klare und verbindliche Grundlagen schafft. Das müssen wir, weil wir kein Interesse daran haben können, dass sich das untere Drittel der Gesellschaft mit den restlichen zwei Dritteln in die Haare gerät. Der Fußboden heißt übrigens staatliches Grundeinkommen. Es dient dazu, dass der Gutverdienende und Kapitalist in Ruhe seine Arbeit machen kann." (Thomas Straubhaar brand eins 7/2005, 62) Das Kapital fürchtet sich.

Das Drittel, das für die Kapitalverwertung kaum mehr benötigt wird, muss befriedet werden. Es könnte sonst zu unruhig werden. Es ist nicht die Solidarität mit Erwerbslosen, die Straubhaar umtreibt, sondern die Solidarität mit dem Kapital.

Das sieht man auch daran, dass das bedingungslose Grundeinkommen für alle als Mittel zu flächendeckenden Lohnsenkungen dienen soll. *"Sie (die staatliche Grundsicherung, d.V.) darf an keine Bedingung geknüpft sein. Alle 80 Millionen Bundesbürger sollen sie bekommen. ... Wir müssen dann aber auch akzeptieren, dass es extrem niedrige Löhne geben kann."* (Berliner Zeitung 17.03.2006)

Wieso? Weil dann Löhne durch das Grundeinkommen ersetzt werden können. Wenn die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft durch Steuermittel gedeckt sind, brauchen sie von Unternehmen nicht mehr über Löhne gedeckt werden. Das Grundeinkommen, wenn es bedingungslos ist, also auch an alle LohnarbeiterInnen bezahlt wird, bedeutet die Einführung eines flächendeckenden Kombilohns.

Indem das Kapital das Lohnniveau (einschließlich der "Lohnnebenkosten") immer mehr senkt, produziert es einen wachsenden staatlichen Zuschussbedarf. Es ist keineswegs "neoliberal".

Keine Aufstocker mehr!

Gleichzeitig regen sich seine Vertreter aber über den wachsenden Zuschussbedarf auf. Das ist ein Motiv für das gegenwärtige Missbrauchsgeschrei, dass die erhöhten Ausgaben für Alg II begleitet.

Der Stern, ein Blatt des Bertelsmannkonzerns schrieb unter der Überschrift: *Der Kommunismus siegt: "Eine wahre Honigroute zum Kommunismus eröffnet die Möglichkeit, das Arbeitseinkommen auf Hartz IV-Niveau zu heben, falls es unter der vielfach gepolsterten Stütze liegt. Mehr als eine Million Menschen haben sich als "Aufstocker" registrieren lassen, bald können es zwei Millionen sein. ... Wer Familie hat, kann sich noch bei brutto 2.000 Euro im Monat subventionieren lassen."*

Schlussfolgerung: *"Eigentlich müssten die "Aufstocker" aus dem System gekippt werden."* (Stern 22/2006, 56)

Der Stern hält es für kommunistisch, wenn Kinder arbeitender Menschen aus Steuergeldern unterhalten werden, weil das Kapital ihre Kosten nicht über den Lohn finanzieren will.

Wir haben jetzt eine kommunistische Regierung unter Führung von Genossin Merkel, weil diese noch dafür sorgt, dass das Existenzminimum von Kindern über ergänzendes Alg II getragen wird. Kommunist ist, wer Kinder nicht hungern lassen will. Der Stern macht indirekt Werbung für den Kommunismus.

Der Bertelsmannkonzern meint, dass niemand, der arbeitet, Lohnzuschüsse über Alg II bekommen, wenn der Lohn für ihn bzw. vor allem nicht für seine Kinder reicht. Das ist der Zustand, der in Weimar und der Nazizeit herrschte, wo der Lohn ungelernter Arbeiter nicht durch Fürsorgeleistungen aufgestockt werden durfte, egal wieviel Kinder man hatte. Die Fürsorge-Richtsätze für Kinder wurden ab einem Unterstützungsniveau von 80-85% dieses Nettolohns nicht mehr bezahlt. Das wurde damals "Auffanggrenze" genannt. Der Bertelsmannkonzern fordert über den Stern also indirekt eine massive Senkung der Regelsätze, vor allem für Kinder.

Regelsätze senken?

Das Existenzminimum eines verheirateten arbeitslosen Alg II-Beziehers und zwei Kindern unter 14 Jahren beträgt heute rd. 1.670 Euro. (Johannes Steffen, Bedarfsdeckende Bruttoarbeitsentgelte, Bremen Mai 2006, A5;

<http://www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik>)

Hierin sind Kindergeld und Wohngeld schon enthalten.

Ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren und einem Verdiener müsste einen Bruttoverdienst von 2.300 Euro oder rd. 14 Euro brutto haben, um allein aus dem Lohn dieses bescheidene Minimum eines vierköpfigen Arbeitslosenhaushalts zu decken.

Der Freibetrag von mindestens 310 Euro, den man erhält, wenn man vollzeit arbeitet und zwei Kinder hat, wäre aber noch nicht berücksichtigt. Der Bruttolohn, der notwendig wäre, um ein Nettoeinkommen von 2.080 Euro zu erreichen (1.670 Euro plus 310 Euro Freibetrag), müsste höher als 3.000 Euro sein oder höher als rd. 18 Euro die Stunde brutto. Nur dann könnte eine vierköpfige Familie im Durchschnitt unabhängig von Alg II leben, wenn ihr Einkommen nur aus Löhnen bestehen würde.

Ein großer Teil der Löhne liegt darunter, selbst wenn Mann **und** Frau arbeiten.

Aus dieser Tatsache leiten die Vertreter des Kapitals nicht ab, dass die Löhne, die sie Millionen Lohnempfängern zahlen, unterhalb des Existenzminimums liegen.

Sie leiten daraus ab, dass das Unterstützungsniveau so hoch ist, dass angeblich niemand einen Anreiz hat zu arbeiten. Die berühmte Sozialhilfefalle.

Der hessische Ministerpräsident Koch: *"Derzeit nutzen Arbeitslose die Familie faktisch als Schutzschild gegen Leistungskürzungen, sagte Koch. Eine vierköpfige Familie könne derzeit einschließlich Wohngeld bis zu 1.900 Euro netto im Monat bekommen. Gekürzt werden könnten aber nur die 345 Euro für den Familienvater, zunächst nur um 30%. Das maximale Kürzungsrisiko betrage meist rund 200 Euro. 'Das wird in der Regel kaum jemanden dazu bewegen, 40 Stunden die Woche zu arbeiten,' kritisierte der Ministerpräsident."* (SPIEGEL ONLINE 2.2.2006)

1.900 Euro sind frei erfunden. Alg II-Bezieher haben keinen Anspruch auf Wohngeld. Die maximale durchschnittliche Höhe des Alg II-Bedarfs einer Arbeitslosenfamilie ist bei zwei Kindern **über** 14 Jahren 1.735 Euro. (vgl. Johannes Steffen ebda.) Darin ist das Kindergeld von 308 Euro schon enthalten.

Koch unterstellt, dass Erwachsene in Haushalt mit zwei Kindern überhaupt kein Interesse haben zu arbeiten, wenn sie arbeitslos geworden sind. Das ist schlicht gelogen. Die Unterstellung faul zu sein, leitet sich bei Koch ebenso wie bei den Arbeitgeberverbänden ausschließlich aus Modellrechnungen ab, nicht aus der Realität.

"Wird kaum jemanden bewegen zu arbeiten", bedeutet: Erst wenn Arbeitslosen mit Kindern der Regelsatz völlig entzogen oder zumindest deutlich gekürzt wird, wären sie bereit zu arbeiten. Das ist der Standpunkt der Bundesregierung, die Kinderfreundlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat.

In diesem Sinne soll die Senkung der Unterstützung für Eltern und ihre Kinder der angeblichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen, ganz so, als ob diese der Faulheit der Arbeitskräfte entspringt.

Fehlanreize, d.h. Leistungen kürzen, ist das Motto, unter dem Hartz IV steht. *"Im Kern geht es darum, für die Empfänger dieser*

Unterstützungszahlungen genügend wirksame Anreize zu schaffen, eine Arbeit in Form eines regulären Beschäftigungsverhältnisses aufzunehmen." (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Erfolge im Ausland - Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/05, Wiesbaden 2004, 488)

Das Kapital verlangt Regelsatzkürzungen mindestens von 25-30%, um Lohnsenkungen durchsetzen zu können. Das war mit Hartz IV nicht durchsetzbar. Nur die Regelsätze für Schulkinder, d.h. für Kinder über sieben Jahren, wurden absolut gesenkt.

Der Eckregelsatz von Alg II müsste auf mindestens 500 Euro erhöht werden. (vgl. www.klartext-info.de - Thesen zum Regelsatz für Alg II-BezieherInnen) Dadurch würden auch die Regelsätze für Kinder steigen.

Beides: die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens zehn Euro plus wenigstens 500 Euro Eckregelsatz für Arbeitslose gehören untrennbar zusammen.

Der DGB dagegen fordert keine Erhöhung des Regelsatzes für Erwerbslose. Er hält anscheinend 345 Euro für menschenwürdig. Auf der Basis des "würdevollen" Armutslohns von 7,50 Euro ist eine Forderung nach Erhöhung des Regelsatzes auch gar nicht möglich. Denn jede Erhöhung des Regelsatzes würde zu einem höheren Alg II-Bedarf führen und damit noch mehr über dem 7,50 Euro Mindestlohn liegen. Das würde dann zu noch höheren Lohnzuschüssen aus Steuermitteln führen. Deshalb schließt die Forderung von 7,50 Euro ein, dass man keine Erhöhung des Regelsatzes fordern kann. Die Forderung nach 7,50 Euro richtet damit indirekt auch gegen Erwerbslose. Wer keine Erhöhung des Regelsatzes von Alg II fordert, vertritt nicht die Interessen von Arbeitslosen. Er fällt auch den Beschäftigten in den Rücken, weil er den hohen Druck auf die Löhne aufrechterhält, der mit dieser Höhe der Unterstützung aufgebaut wurde.

An dieser Stelle muss ausgeklammert werden, dass auch Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich Lohnsenkung bedeutet. Arbeitszeitkürzungen mit Lohnausgleich würden dagegen Lohnerhöhungen bedeuten. Auch aus diesem Grund ist die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich richtig.

Drastische Arbeitszeitverkürzung, Zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn plus Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro! Diese drei Forderungen sind Defensiv-Forderungen, mit denen vorangegangene Verschlechterungen aufgehalten werden sollen.

Wenn LohnarbeiterInnen sich dem Kapital in solchen Fragen widerspruchslos beugen, gewinnen sie nicht das Selbstbewusstsein, um einen selbständigen Standpunkt einzunehmen.

Wenn sie nicht für ihre unmittelbaren Interessen eintreten können, können sie auch nicht für ihre langfristigen Interessen eintreten.

IV) Was ist der Lohn?

Die vorherrschende Meinung formuliert der Vorsitzende des Sachverständigenrats der Bundesregierung, Bert Rürup. "*Lohn ist Arbeitsentgelt abhängig Beschäftigter für einen bestimmten Zeitraum bzw. eine bestimmte Leistung.*" (Rürup, Fischer-Wirtschaftslexikon, Frankfurt 1995, 166)

Arbeitsentgelt für Zeit? Wieviel ist Zeit wert? Warum ist die Zeit eines ungelernten Arbeiters weniger wert als die eines Facharbeiters? Zeit als solche ist nichts wert. Sie hat keinen Preis.

Bezahlt wird allenfalls die Leistung in einer bestimmten Zeit. Wäre das der Fall, könnte man zufrieden nach Hause gehen, denn die Zeit wurde ja voll bezahlt. Der Stundenlohn verdeckt aber, dass die LohnarbeiterInnen auch noch dann arbeiten, wenn sie ihren Lohn schon längst erwirtschaftet haben.

In der Metallverarbeitenden Industrie war 2004 der Lohnanteil am Umsatz nur 18%. Im Preis der erzeugten Produkte entfällt also nur 18% auf Lohn. Bei einer Arbeitszeit von 7,5 Stunden täglich wäre der Lohn in weniger als 1,5 Stunden erwirtschaftet.

Faktisch bekommen also LohnarbeiterInnen nur einen Teil ihrer Arbeitszeit bezahlt.

Arbeitsentgelt für Leistung? Also für die Summe der Arbeitsergebnisse, für die Summe der produzierten Waren?

LohnarbeiterInnen verkaufen das, was sie erzeugt haben, nicht an die Unternehmer, die sie beschäftigen. Ihnen gehören die Autos und alle anderen Produkte nicht, die sie erzeugen bzw., genausowenig wie ihnen die Maschinen und Werkzeuge, die Rohstoffe, die Vorprodukte usw. gehören, mit denen sie Produkte herstellen. Sie sind eigentumslos.

Die Löhne entsprechen auch nicht dem Wert bzw. Preis der Produkte, dem Ergebnis ihrer Leistung. Der Lohn ist nur ein, ständig kleiner werdender Teil des Preis der Produkte, die sich insgesamt im Umsatz darstellen.

Der Lohn ist im Preis (Wert) der Arbeitsprodukte enthalten, ist aber nicht mit ihm identisch.

Im Preis der Produkte sind auch Beträge für die Abschreibung der Maschinen, für den Verbrauch von Rohstoffen usw. enthalten, die über den Verkauf wieder hereinkommen müssen.

Auch der den Unternehmern zufallende Gewinn muss über den Preis der Produkte realisiert werden, ist also im Wert der Waren enthalten.

Wenn der Wert der Waren vollständig an die LohnarbeiterInnen ausgeschüttet würde, könnte es weder einen Gewinn geben, noch einen Ersatz der Produktionsmittel. Der Lohn kann also nicht der Lohn für Leistung sein.

Ganz abgesehen davon: Wenn die Löhne trotz Arbeitszeitverlängerung fallen, würde das bedeuten, dass die Leistung gesunken ist. Denn der Lohn soll ja angeblich die Leistung messen. Mehr Leistung - weniger Lohn. Aber weniger Leistung soll weniger Leistung ausdrücken. Mehr als die Hälfte von 6.000 Befragten einer repräsentativen Umfrage zweifelte daran, dass sich Leistung überhaupt noch lohnt. Tendenz steigend. (FTD 24.07.2003)

Umgekehrt: Wenn Ackermann zehn Millionen im Jahr kassiert, dann müsste das auf seine Leistung zurückzuführen sein. So denkt er auch: " *Wie wollen sie mit den Besten der Welt mithalten, wenn Sie die Leistung nicht wie international üblich honorieren?*" Ackermann denkt, dass seine Leistung 10 Mio. Euro "wert" ist, (FTD 20.01.2006) während die Leistung einer Verkäuferin nur 1.500 Euro wert sei. " *Ein internationaler Spitzenbanker hat die Verantwortung für Tausende von Menschen und Milliarden von Euro.*" Zehn Millionen kann er nur kassieren, weil er über Milliarden an Kapital verfügen

und sich aus den Gewinnen bedienen kann. Die Theorie: Lohn entspricht der Leistung bedeutet, dass jeder das seine bekommt, auch wenn die einen immer mehr und die anderen immer weniger bekommen. Sie ist eine Theorie des Kapitals.

Lohn ist ein Preis, aber nicht für die Arbeitszeit oder für die Arbeitsleistung, sondern für die Arbeitskraft. Kapital vermehrt sich durch die Nutzung von Arbeitskräften. Diese bekommen Lohn, um die Waren zu kaufen, mit denen ihre Arbeitskraft tagein tagaus wiederhergestellt (reproduziert) wird.

Arbeitskräfte brauchen Nahrung, Flüssigkeit, Schutz vor Kälte und Nässe, sie brauchen Kleidung, Unterkunft usw.. So wie Maschinen Pflege brauchen, Schmiermittel, Ersatzteile, Gebäude, so auch die Arbeitskräfte.

Der Lohn wird für die notwendigen Lebensbedürfnisse benötigt, für deren Befriedigung man Geld braucht. Wobei es von den jeweiligen historischen Bedingungen und den entsprechenden Bedürfnissen abhängt, was als notwendig betrachtet wird. Was Menschen zum Leben brauchen, hängt vom Niveau der technischen Produktivkräfte ab. Wenn Flachbildschirme, Computer, Internetzugang, Mobiltelefone, Autos, DVD-Player usw. Massenprodukte werden, werden sie auch zum Bedürfnis der Massen. Das ist eine objektive Grundlage. Das Bedürfnisniveau wird auch mitbestimmt vom Konsumstandard der Reichen. Dieser zeigt, was möglich ist.

Was Menschen zum Leben brauchen, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Ansprüche sie haben und in welchem Maße sie dafür kämpfen. Der Lohn hat eine starke subjektive Komponente. Deshalb bekämpft das Kapital Ansprüche als Anspruchsmentalität, die es zurückzudrängen gilt. Menschen sind soziale Wesen, haben mehr oder weniger reichhaltige soziale Beziehungen, sind ausgestattet mit Wünschen, einem Willen usw.. Als solche wehren sie sich dagegen, nur willenloses Objekt von Märkten zu sein, als ob sie Sachen wären. Je höher ihr Organisationsgrad, je stärker ihr Selbstbewußtsein gegenüber dem Kapital, desto besser können sie sich gegen die Tendenz zur Lohnsenkung verteidigen.

Reproduktion bedeutet auch, dass Arbeitskräfte irgendwann einmal zu alt werden und Nachwuchs an Kindern großgezogen werden muss, der die verbrauchten Arbeitskräfte ersetzt. Der Ersatz der Maschinen wird über die Abschreibung geregelt, die im Wert der erzeugten Waren enthalten ist. Ein Teil des Gewinns muss für Neuanschaffungen zurückgelegt werden. Ebenso muss im Lohn ein Teil für die zukünftigen Arbeitskräfte enthalten sein, die Kinder der Arbeitskräfte.

Aus all diesen Gründen bekommen Arbeitskräfte Lohn, nicht damit sie Waren von Firmen kaufen können, die ihren Absatz damit sichern wollen. Überwiegend wird nur über die Höhe von Löhnen im Vergleich zu anderen Löhnen geredet, nicht aber darüber, welche Bedürfnisse mit welchem Lohn zu befriedigen sind. So fehlt der Maßstab, das Lohnniveau grundlegend anzugreifen. Man soll eben mit einem jeweils am Markt erzielbaren Lohn zufrieden sein, auch wenn er das Existenzminimum unterschreiten sollte.

Die Arbeiterklasse braucht eine Vorstellung vom Existenzminimum, von dem, was sie zum Leben braucht. Das erfordert Untersuchungen, die sich auf das vom Staat festgesetzte Existenzminimum stützen können und es zum Ausgangspunkt für die eigenen Forderungen machen müssten.

Die LohnarbeiterInnen verkaufen also Unternehmern gegen Lohn ihre Arbeitskraft, d.h. ihr Arbeitsvermögen. Ihre Geschicklichkeit, ihre Kenntnisse, ihr Kooperationsvermögen, ihre Auffassungsgabe, ihre körperliche Fitness, ihre Erfahrung usw.. LohnarbeiterInnen verkaufen ihre Arbeitskraft, oder genauer gesagt: die Nutzung ihrer Arbeitskraft in einer bestimmten Anzahl von Arbeitsstunden. Sie sind ja Eigentümer ihrer Arbeitskraft, die sie dem Käufer nur zur Verfügung stellen und dann wieder mit nach Hause nehmen.

LohnarbeiterInnen haben das Grundinteresse,
* dass der Lohn ihre Reproduktionskosten deckt,
* dass sie die Kosten der Qualifizierung über den Lohn wieder hereinbekommen,
* dass sie möglichst viele Bedürfnisse über den Lohn befriedigen.
Und sie haben ein Grundinteresse, sich zusammenzuschließen, um dieses Ziel zu erreichen bzw. sich zu wehren, wenn der Preis der Ware Arbeitskraft unter die notwendigen Reproduktionskosten fällt. Sie haben also ein Grundinteresse an der "Regulierung" der Verkaufsbedingungen ihrer Ware z.B. durch Tarifverträge, gesetzliche Mindestlöhne, ausreichende Arbeitslosenunterstützung, gesetzliche Beschränkungen der Arbeitszeit usw..

Umgekehrt:

Die Käufer der Ware Arbeitskraft interessiert wenig, ob der Lohn die Reproduktionskosten deckt. Für sie ist der Lohn, d.h. der Preis der Ware Arbeitskraft im Verhältnis zu den Gewinnen interessant, nicht das Verhältnis der Löhne zu den Reproduktionskosten der Arbeitskräfte.

Die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft interessieren sie nicht, genausowenig wie den Käufer eines Kilos Kaffee für drei Euro interessiert, unter welchen Bedingungen der Kaffee produziert wurde und ob die KaffeeplantagenarbeiterInnen von ihrem Lohn leben können. Der Käufer des Kaffees vergleicht den Preis mit anderen Preisen und mit dem Inhalt seines Geldbeutels. Wenn der Preis fällt, freut er sich und kauft eher. Ohne Rücksicht darauf, daß sie die Produktionsbedingungen des Kaffees zuungunsten der Kaffeebauern oder der LohnarbeiterInnen verschlechtert haben könnten. Sachliche Beziehungen, reguliert über den Preis, überlagern und dominieren die menschlichen Beziehungen.

Das Lohnarbeitsverhältnis muss aufgrund der Entwicklung der Produktivität dahin führen, dass in wachsendem Maße Löhne gezahlt werden, die **nicht** die Reproduktionskosten decken. Ganz zu schweigen davon, dass sich die Schere zwischen Armut und Reichtum immer mehr öffnet. Diese öffnet sich selbst dann, wenn das Lohnniveau zeitweise steigt.

Umgekehrt: LohnarbeiterInnen lehnen es ab, solange es geht, für Löhne zu arbeiten, von denen sie Grundbedürfnisse oder ihre Bedürfnisse allgemein nicht ausreichend befriedigen können. Für sie zählt nicht in erster Linie, ob ihre Arbeitskraft verkauft wird, ob sie also arbeitslos sind oder nicht, sondern ob und wie

man seine Reproduktionskosten decken kann, ob man also vom Verkauf der Ware Arbeitskraft leben kann bzw. ob und wie man leben kann, wenn man sie nicht verkaufen kann. Das aber wird vom Kapital als Faulheit verurteilt.

Sozial ist, was Arbeit schafft, ist das Motto des Kapitals. Sozial ist auch der Armutslohn, weil er "Arbeit schafft", oder besser, weil er Gewinnperspektiven eröffnet. Dass Armutslohne menschenwürdig sind und damit sozial sind, glaubt auch die Führung des DGB.

Aus all dem folgt, dass sich beschäftigte und erwerbslose LohnarbeiterInnen mehr zusammenschließen und für gemeinsame Forderungen kämpfen müssen, wenn sie den Fall nach unten abbremsen wollen. Die Gewerkschaftsführungen stehen dabei im Wege.

Das Lohnsystem, der Warencharakter der Arbeitskraft, die Kapitalverwertung stehen aber als Ganzes in Frage.

Wenn denjenigen, die das Kapital mit ihrer Arbeit erst vermehren, sich in wachsendem Maße unter seiner Regie durch ihre Arbeitsleistung die Existenz unter den Füßen wegziehen, werden sie sich gezwungen sehen, eine Lösung zu finden. Sie werden sich nicht damit abfinden.

Sie werden nicht in alle Ewigkeit ertragen, dass ihre Existenzbedingungen bei wachsendem gesellschaftlichen Reichtum trotz aller Abwehrkämpfe immer schlechter und unsicherer werden. Können ihre berechtigten Forderungen heute oder morgen nicht durchgesetzt werden, zeigt es nicht, dass sie unrealistisch waren, sondern dass befriedigende Lebensverhältnisse trotz steigenden Reichtums und riesiger Produktivität unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich sind.